

ASYL

Rimbacher lehnen Flüchtlingsheim ab

Der Gemeinderat stimmt gegen eine weitere Unterkunft für Flüchtlinge in Rimbach – weil der Brandschutz nicht ausreicht.

22. Februar 2016



Nach Rimbach werden vorerst wohl keine weiteren Asylbewerber kommen. Symbolfoto: dpa

RIMBACH. Soll in unmittelbarer Nähe des Gebäudes, in dem bereits [seit Sommer 2015 Asylbewerber untergebracht sind](#), eine weitere Unterkunft für Flüchtlinge entstehen? Die Anwohner befürchten das, nachdem ein auswärtiger Unternehmer die Immobilie in der Gartenstraße erworben und eine Nutzungsänderung beantragt hatte.

Der Gemeinderat, der diese Änderung bereits in der Januarsitzung abgelehnt hatte, wurde vom Landratsamt darauf hingewiesen, dass eine Ablehnung ohne stichhaltige Gründe nicht zulässig sei. Trotzdem wurde der Antrag erneut abgewiesen, da der Brandschutz nicht gesichert erscheine und auch Parkmöglichkeiten als nicht ausreichend seien. Keine

Zustimmung von Seiten der Gemeinde gab es auch für den Antrag, die Burgruine Lichtenegg als Eheschließungsort zu widmen.

Dem Gemeinderat lag in der Sitzung am Donnerstag zum zweiten Mal ein Antrag auf Nutzungsänderung der Wohnung im Dachgeschoss des Anwesens in der Gartenstraße zu Gästezimmern mit DU/WC vor. Was eigentlich nur ein formeller Vorgang ist, scheint in diesem Fall aber mehr zu sein. Vom Antragsteller, der das Anwesen erst erworben hat, ist bekannt, dass er in mehreren ähnlichen Objekten Unterkünfte für Asylbewerber betreibt. Das befürchten jetzt vor allem auch die direkten Anlieger in der Gartenstraße.

Hinweis des Landratsamtes

Der Antrag musste vom Gemeinderat erneut behandelt werden, da durch das Landratsamt darauf verwiesen wurde, dass die Ablehnung nicht rechtmäßig sei. Eine erneute Ablehnung ohne stichhaltige Begründung würde sogar ein Strafverfahren gegen die Gemeinde nach sich ziehen.

Aufgebracht gegen eine weitere Asylbewerber-Unterkunft in direkter Nachbarschaft äußerten sich einige Anwohner, denen vom Gemeinderat eine Stellungnahme zugebilligt wurde. Sie schilderten die Zustände, durch die sie sich schon jetzt gestört fühlen. Extrem sei dies während des islamischen Fastenmonats gewesen, so wurde berichtet, als die überwiegend islamischen Asylbewerber, die an dem Tag keine Nahrung zu sich nahmen und in der Nacht entsprechend aktiv wurden, sodass in der Nachbarschaft keine Ruhe möglich war.

Wenn dort weitere Asylbewerber untergebracht werden sollten, fürchten die Nachbarn weitere Störungen und Beeinträchtigungen. Eine derart geballte Unterbringung von Flüchtlingen in einem Wohngebiet sei nicht zumutbar, so die Meinung der Nachbarn, die ankündigten, sich direkt an Landrat Franz Löffler zu wenden.

Trotz der Androhung von Rechtsmitteln bei einer erneuten Ablehnung stimmte der Gemeinderat gegen die beantragte Nutzungsänderung und begründete dies vor allem mit der Frage des Brandschutzes. Sensibilisiert müsse man sein, wenn man an die Brandkatastrophe in Schneizlreuth mit mehreren Toten denke; auch in Neuschönau wurde eine bestehende Asylantenunterkunft teilweise geräumt, weil der Brandschutz nicht ausreiche.

Als weiteres Argument für die Ablehnung des Antrages wurde die unzureichende Parksituation angeführt. Befürwortet wurden der Antrag auf Neubau einer Doppelgarage in der Böhmerwaldstraße und dafür auch die Befreiung von Festsetzungen des Bebauungsplanes, was die Überschreitung der Baugrenze betrifft; ebenso der Antrag auf Vorbescheid zum Bau eines barrierefreien, altersgerechten Einfamilienwohnhauses mit Garage im Finkenweg.

[Hier lesen Sie weitere Berichte zum Thema „Flucht und Asyl in der Region Cham“.](#)

Heiraten auf Burg Lichtenegg?

Sollen auf Burg Lichtenegg standesamtliche Trauungen vollzogen werden? Mit dieser Frage sahen sich die Gemeinderäte in einem weiteren Punkt der Tagesordnung konfrontiert. Der Antrag wurde von einem Paar gestellt, das sich auf der Burg Lichtenegg das Ja-Wort geben will.

Geschäftsleiter Josef Kaml stellte dazu fest, dass standesamtliche Trauungen nur an Orten vollzogen werden dürfen, die von der Gemeinde entsprechend als Trauungsort gewidmet sind. Eine Widmung könne aber nur erfolgen, wenn bestimmte Voraussetzungen bestehen. So müsse eine würdige Form gesichert sein, die Öffentlichkeit müsse ausgeschlossen sein, und auch witterungsbedingt dürften keine Einschränkungen bestehen. Angesichts des enormen Aufwandes, der für eine Trauung auf Burg Lichtenegg betrieben werden müsste, stimmte der Gemeinderat gegen die Widmung.

Gemeinderat in Kürze

• WLAN

Bekannt gegeben wurde, dass durch Bayern-WLAN für jede Kommune zwei sogenannte Hot-Spots gefördert werden. Dazu sollen in nächster Zeit geeignete Standorte benannt und weitere Informationen eingeholt werden.

• Senioren

Aufgeschlossen zeigte sich der Gemeinderat auch gegenüber dem Antrag des Seniorenkreises, der heuer sein 20-jähriges Bestehen feiert, was einen Zuschuss betrifft.

• Schranke

Geklärt werden soll die Sachlage zur Aufstellung einer Schranke an der Staatsstraße 2140 zwischen Rimbach und Offersdorf durch eine Privatperson, da die Schranke auf Gemeindegrund errichtet wurde.

• Werbeplakate

Weiter wurde darauf verwiesen, dass an Buswartehäuschen Werbeplakate angebracht wurden, obwohl dies ausdrücklich untersagt ist. Dem wilden Plakatieren soll Einhalt geboten werden, notfalls auch durch Anklage wegen Sachbeschädigung. (kvo)

-
-

Bürgermeister Ludwig Fischer informierte anschließend den Gemeinderat über die Sitzung des Arbeitskreises „Nutzung Freibad-Gelände“, zu der auch einige Vereinsvertreter erschienen waren. Bei diesem Treffen wurden einige konkrete Vorschläge aufgegriffen, die

nach Möglichkeit realisiert werden sollen. Ein größerer Zweckbau für Veranstaltungen wurde nicht befürwortet, da das Gelände zu weit vom Ortskern gelegen sei.

Favorisiert wurden die Errichtung eines Naturbades und weitere Einrichtungen vor allem für die Jugend und Kinder wie Beach-Volleyballanlage, Grillplatz, Waldspielplatz und ähnliche Einrichtungen. Auch eine Erweiterung der Kneipp-Anlage sollte ins Auge gefasst werden. Zudem wird eine direkte Wegverbindung zum Mehrgenerationenpark angestrebt. Einig war sich das Gremium, dass ein Konzept entwickelt werden solle. Dazu soll ein Architekt beauftragt werden.

Gegen die Erweiterung des Bebauungsplanes „Pointäcker“ in Hohenwarth, zu der Rimbach eine Stellungnahme abgeben musste, wurden keine Einwände erhoben. Zugestimmt wurde der Regelung, dass für Kinder unter drei Jahre, die den Kindergarten besuchen, entsprechend einem Gewichtungsfaktor eine zweifache staatliche Förderung gewährt wird.(kvo)